



Wertjährlicher Abonnementssatz in Breslau 6 Mark, Wochen-Abonnement 60 Pf.
außerhalb pro Quartal 7 Mark 50 Pf. — Infektionsgebühr für den Raum einer
kleinen Seite 30 Pf., für Inserate aus Schlesien u. Böhmen 20 Pf.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-
Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag einmal, Montag
zweimal, an den übrigen Tagen dreimal erscheint.

Nr. 30. Abend-Ausgabe.

Neunundsechzigster Jahrgang. — Eduard Trewendt Zeitungs-Berlag.

Donnerstag, den 12. Januar 1888.

Das bürgerliche Gesetzbuch.

Berlin, 11. Januar.

Der Entwurf eines bürgerlichen Gesetzbuches liegt jetzt nach dreizehnjähriger Arbeit dem Reichskanzler vor, durch den er an den Bundesrat und an den Reichstag zu bringen ist. Es darf wohl ohne Frage vorausgesetzt werden, daß er unverändert an den Reichstag gelangen wird, obwohl, rein formal betrachtet, eine Verpflichtung dazu weder dem Reichskanzler noch dem Bundesrat obliegt. Nachdem eine aus hervorragenden Juristen bestehende Commission dreizehn Jahre lang an dem großen Werke gearbeitet hat, wird man ihre Arbeit zweifellos dem Reichstage und somit auch der öffentlichen Meinung zur Beurtheilung und zur weiteren Vollendung vorlegen.

Als gegen Ende des Jahres 1874 die Justizgelege an den Reichstag gelangten, wurden dieselben durch ein besonderes Gesetz einer „Zwischencommission“ überwiesen, einer Commission, welche nach dem Schluß des Reichstages zusammenblieb. Das Mandat derselben wurde nach Jahresfrist noch einmal verlängert. Sie hat zwei Sommer an ihrer Aufgabe gearbeitet, vom Frühjahr 1874 bis zum Herbst 1876.

Es ist nicht abzusehen, daß diesmal anders verfahren und in kürzerer Zeit ein Resultat erzielt werden könnte. Man kann nicht annehmen, daß der Reichstag ein Werk, über welches die öffentliche Meinung noch gar nicht geurtheilt hat, in Bauch und Bogen annehmen wird; die Vorberathung in einer Reichstagscommission wird vielmehr der Weg sein, die von der Wissenschaft etwa zu erhebenden Bedenken praktisch zur Geltung zu bringen. Man kann ebenso wenig annehmen, daß eine Reichstags-Commission im Laufe der Session Zeit für ihre Arbeiten finden wird. So wenig sich Zwischencomissionen für regelmäßige Arbeiten empfehlen, so liegt hier, wenn jemals, ein Ausnahmefall vor, in dem sie angezeigt erscheinen.

Nun hat der Reichstag in seiner gegenwärtigen Zusammensetzung noch zwei Jahre Zeit vor sich. Seine Zwischencommission könnte ihr Werk, wenn sie im Mai damit begonne, bis zum Herbst 1889 zu Ende bringen und es dann zu seiner Verabschiedung führen. Würde die Vorlage bis in das nächste Jahr verzögert, so würde die Zwischencommission wahrscheinlich in einem Sommer nicht fertig werden und ein später zu wählender Reichstag würde von Neuem beginnen müssen. Ein Aufschub der Vorlegung würde hiernach eine Verzögerung nicht um ein Jahr, sondern um volle drei Jahre bedeuten. Sie würde die Promulgation des bürgerlichen Gesetzbuchs kaum früher als im Herbst 1892 ermöglichen und eine solche Verzögerung würde, nachdem schon bisher in sehr ruhigem Tempo gearbeitet worden ist, höchst unerwünscht sein.

Über die Gründe, welche dazu geführt haben, bisher einen so dichten Schleier über die Arbeiten der Commission zu legen, kann man getheilter Ansicht sein. Dass jetzt das Werk endlich bekannt werde und daß Alles vermieden wird, um neue Verzögerungen herbeizuführen, ist ein Wunsch, der seine Rechtfertigung in sich selbst trägt und man darf daher sehr begierig sein, bald etwas Weiteres zu hören.

Politische Uebersicht.

Breslau, 12. Januar.

In Betreff des Socialistengesetzes herrscht innerhalb der national-liberalen Partei Meinungsverschiedenheit. Der „Hannov. Cour.“ hatte eine Buzschrift eines „hochangesehenen“ Mitglieds der national-liberalen Partei veröffentlicht; welche sich unter der Voraussetzung der Verlängerung der Legislaturperiode auf 5 Jahre auch für eine Verlängerung des Socialistengesetzes auf die gleiche Dauer aussprach. Man glaubte, daß diese Buzschrift von Herrn v. Bennigsen herrührte. Nun schreibt der „Hann. Cour.“:

Noblesse oblige.*

[88]

Roman in drei Büchern. Von Friedrich Spielhagen.

Auf einmal fuhr es ihr durch die Seele: wenn es die Mermaid, Billows Schiff war? Billow, wie dann ja sicher anzunehmen, sich auf dem Schiffe befand? er ans Land stieg? das Entzückliche, von dem sie gemeint, der Sturm werde es heute sicher verhindern, vielleicht auf Tage hinausschieben, jetzt eintreten sollte? in einer Stunde, einer halben?

War ihr den Tod in den Wellen zu finden versagt — ein Ort zu sterben fand sich schon.

Sie stürzte auf die Thür nach dem Vorsaal zu, die in demselben Augenblicke von außen geöffnet wurde. In der Übereilung ihrer Sinne glaubte sie seine Erscheinung zu sehen und taumelte entsezt zurück. Dann kam ihr zum Bewußtsein, daß Frau von Aubigny, trotz des Verbotes, ihm diesen Ort verrathen haben mußte, er ihr nachgeeilt war, die heute Nacht die Flucht vor ihm ergriffen, um sich seitdem jede Sekunde nach ihm zu sehnen, in Sehnsucht zu vergehen — und mit einem wilden Schrei hatte sie sich in seine Arme, an seine Brust gestürzt.

„Geliebter, Du kommst, mit mir zu sterben!“

„Ich komme, Dir und mir das Leben wiederzugeben, das Du uns rauben wolltest. Mehr als zur Hölle schon geraubt hastest, Du böses, geliebtes Weib!“

Er drückte das theure Haupt, das an seinem Herzen ruhte, sanft von sich.

„Willst Du nicht den Bruder begrüßen?“

Minna blickte auf; in der Thür stand Georg, nun auch die Arme nach ihr ausbreitend, in die sie sich mit einem Freudenruf warf: Ihr sei verschont, Ihr liebsten Beiden? Dank Dir, mein Georg! Dank Dir, mein Hypolit!“

Sie hatte Georgs Hände ergriffen und an ihre Lippen gedrückt; sie hatte sich, eh' er's verhindern konnte, Hypolit zu Füßen gestürzt, seine Knie umklammernd. Plötzlich sprang sie wieder empor und rief, mit lebhafter Gebehrde durch das Fenster auf die See deutend:

„Da — das Schiff! Er wollte heute hier sein. Wenn er es ist —“

„Er ist es,“ sagte Georg, „was sollen wir Dir es verschweigen?“

* Unbefugter Nachdruck wird strafrechtlich verfolgt

„Wenn in einigen Zeitungen die Annahme ausgesprochen wird, daß die Buzschrift an Herrn Dr. v. Bennigsen zurückzuführen sei, so müssen wir dem widersprechen. Wir können im Gegenteil versichern, daß darin ausgesprochenen Ansichten die Billigung des Herrn Dr. von Bennigsen nicht finden.“

Die „Köln. Stg.“ erörtert diese Frage in einem Artikel, in welchem es heißt:

„Die Erörterungen über das Socialistengesetz und die Fassung, in welcher es verlängert werden soll, dauern fort. Die Ausdehnung der Dauer des Gesetzes auf fünf Jahre dürfte gesichert sein; sie entspricht der zu erwartenden Erweiterung der Wahlperiode auf fünf Jahre und war auch seitens der Regierung beantragt, wie denn überhaupt die Dauer des Gesetzes fast bei jeder Verlängerung verschieden festgesetzt wurde. Der ursprüngliche erste Entwurf beantragte eine Geltungsdauer von drei Jahren. Der zweite dem Reichstag vorgelegte Entwurf begrenzte die Geltungsdauer überhaupt nicht, der Reichstag fügte aber eine Fristbeschränkung bis zum 31. März 1881, also auf 2½ Jahre hinzu. Bei Ablauf dieses Termines schlug die Regierung eine fünfjährige Verlängerung vor, der Reichstag beschloß aber nur eine 3½-jährige Gültigkeit (bis 30. September 1884). Vor Ablauf dieses Termes beantragte die Regierung eine nur zweijährige Verlängerung, und es wurde demgemäß beschlossen (bis 30. September 1886). Sodann beantragte die Regierung wieder eine fünfjährige Verlängerung, der Reichstag beschloß aber nur eine zweijährige Gültigkeit (bis 30. September 1888). Grundsätzlich hat sich also der Reichstag noch gar nicht in dieser Frage gebunden, und wenn er, was zu erwarten steht, die Legislaturperiode auf fünf Jahre ausdehnt, kann füglich auch die Ausdehnung des Socialistengesetzes auf fünf Jahre dem angestellten Vertreter des Constitutionalismus keine Bedenken verursachen.“

Die schon gemeldete Entlassung des ältesten Mannschafts-Jahrganges der russischen Garde-Infanterie und der Cavallerie und Artillerie des Gardekorps wird von der deutschen St. Petersburger Zeitung folgendermaßen besprochen:

„Bekanntlich behält das Gardekorps wegen des anstrengenden Garnison- und Wachdienstes in St. Petersburg und Warschau die alten Mannschaften noch elche Monate nach Einstellung der Rekruten im Dienst zurück, während bei den anderen Armeecorps im Allgemeinen die Entlassung bereits früher, oft schon nach Beendigung der Herbstübungen erfolgt. Beim Gardekorps fand die Entlassung gewöhnlich gegen Ende Februar oder Anfangs März statt. Wenn aber gerade jetzt die Entlassung so viel früher als gewöhnlich stattfindet, so ist dies als eine Maßregel anzusehen, die klarer als alle diplomatischen Noten dienumehrige Friedlichkeit der Lage betont. Kein Armeecorps ist so schwer in Kriegsbereitschaft zu sehen, als das Gardekorps, welches bekanntlich seinen Erfolg aus dem gesamten europäischen Russland bezieht. Unsere Serienverwaltung würde daher wahrscheinlich nicht einen ganzen Mannschafts-Jahrgang, noch dazu früher als gewöhnlich, nach den entferntesten Gegenenden des Reichs entlassen, wenn irgend welche Ausichten vorhanden wären, jener Mannschaft in Nähe zu bedürfen. Wir begrüßen daher diese friedensverheilende Maßregel mit Freuden.“

liegende Grundbuchsystem bisher fremd geblieben ist, während der Zeit bis zur Anlegung der Grundbücher für den Immobilienverkehr an zureichenden transitorischen Rechtsnormen nicht fehlt. Sodann aber wird das Einführungsgesetz die Frage, inwiefern das bisher geltende materielle Privatrecht durch das bürgerliche Gesetzbuch verdrängt und aufgehoben werde, also in welchem Umfange das bürgerliche Gesetzbuch auf dem Prinzip der Codification beruhe, klar und bestimmt zu entscheiden haben. In dieser Hinsicht hat es auf der einen Seite Auskunft zu geben, inwiefern die bisherigen privatrechtlichen Reichsgesetze in Geltung bleiben, und betreffendfalls welche Änderungen und Ergänzungen sie erleiden, und auf der anderen Seite die privatrechtlichen Materien zu bezeichnen, in Betreff welcher das deutsche Handelsgesetzbuch der Revision durch eine besondere Commission zu unterziehen sei, über deren Zusammenfassung die weiteren Anordnungen vorbehalten sind. Zugleich ist der späteren Prüfung und Entscheidung vorbehalten, ob nicht überwiegende Zweckmäßigkeit gründet es ratslich machen, verschiedene in das Handelsrecht einschlagende reichsrechtliche Specialgesetze, insbesondere die Wechselsordnung, das Gesetz über die Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften, die Seemannsordnung nebst anderen seerechtlichen Einzelgesetzen, die auf das Urheberrecht, das Patent, Marken-, Muster- und Modell-, Eisenbahn- und Bankwesen, unter Absehen von der Gewerbeordnung und von dem Post- und Telegraphenrecht, unverändert oder in einer mit dem übrigen Inhalt des Handelsgesetzbuchs übereinstimmenden Gestalt in das letztere aufzunehmen, während das Versicherungsrecht, das Verlagsrecht und das Recht der Binnenschiffahrt bei der Revision des Handelsgesetzbuchs zu berathen und diesem jedenfalls einzurichten, dagegen die Rechtsnormen über die Inhaberpapiere schon bei der Berathung des bürgerlichen Gesetzbuches festzustellen, vorbehaltlich der späteren Entscheidung, ob nicht die letzteren Rechtsnormen später in das Handelsgesetzbuch zu versetzen seien. Hieraus erklärt sich, daß der vorliegende Entwurf des bürgerlichen Gesetzbuches, abgesehen von den Vorschriften über die Inhaberpapiere, in Anziehung der vorliebend bezeichneten Materien sich schwiegend verhält. Der Grund des Schweigens beruht zum Theil aber noch auf einem anderen und weiter greifenden Grundsatz, welcher in dem Einführungsgesetz keinen bestimmten Ausdruck findet, nämlich auf dem von der Commission beschlossenen Grundsatz, daß überhaupt alle dem materiellen Privatrecht angehörende reichsrechtliche Normen in Kraft bleiben, soweit nicht das bürgerliche Gesetzbuch und das Einführungsgesetz ein Anderes ergeben, daß umgekehrt das privatrechtliche Landesrecht, soweit nicht ein Anderes bestimmt sei, seine Geltung verliere. Der nachträglichen Prüfung und Entscheidung wird vorbehalten bleiben können, ob es nicht nach Lage der Dinge den Vorzug verdient, die Revision des Handelsgesetzbuches erst nach der Publication des bürgerlichen Gesetzbuches und während der jedenfalls geräumig zu bemessenden Zeit vorzunehmen, welche von dem Zeitpunkte der Publication bis zu dem Tage verstreichen wird, wo das bürgerliche Gesetzbuch in Kraft treten soll.

b. In Gemäßheit der Beschlüsse des Bundesrates vom 22. Juni 1874 soll das bürgerliche Gesetzbuch nicht allein das öffentliche Recht mit Einschluß des Strafrechts und Prozeßrechts übergehen, sondern auch noch auf verschiedene andere, an sich es ganz oder theilweise, dem Gebiete des Privatrechts angehörende Materien sich nicht erstrecken. Als solche Materien sind bezeichnet: das Bergrecht, das Lehnsrecht, das auf die (ablösbarer) Realien sich beziehende Recht, das Erb- und Erbbaurecht, das die Empfehlungsrechte betreffende Recht, das Recht der Stammgüter und Familienfideicomisse, das bäuerliche Güterrecht, das Forstrecht, Wasserrecht, Mühlereirecht, Flöhereirecht, Fischereirecht, Jagdrecht, Deichrecht, Siedlerecht, Baurecht (Nachbarrecht), Gemeindehilfsrechts (Recht der Zusammenlegung der Grundstücke), Enteignungsrecht und Gesinderecht. Diese Materien sollen nach jenen Beschlüssen, vorbehaltlich gewisser Ausnahmen und Beschränkungen, dergestalt der Landesgesetzgebung überlassen bleiben, daß sowohl die bestehenden Rechtsnormen ihre Geltung erhalten, als auch neue Rechtsnormen im Wege der Landesgesetzgebung ergeben können. Der vorliegende Entwurf des bürgerlichen Gesetzbuches besaß sich daher im Allgemeinen auch nicht mit den vorliebend genannten Materien, berührte sie vielmehr nur innerhalb enger Grenzen. Daß in Betreff derselben das Landesrecht unter gewissen Ausnahmen und Beschränkungen unberührt bleibt, wird, wie erwähnt, mit der erforderlichen Klarheit im Einführungsgesetz.

Der Hauptredner war ein alter pensionierter Lootsencapitän, der eine verschossene Dienstmütze trug. Das letzte Wort erstarb ihm im Munde. Abermals war eine Woge über das Wrack hingerollt; als es wieder sichtbar wurde, hingen nur noch zwei Menschen von den vier in den Räumen.

Die Aufregung in der Menge hatte einen fiebigen Grad erreicht. Die Weiber heulten, die Männer liefen ratlos hin und her oder starrten einander in die bleichen Gesichter.

„Warum bringt man kein Boot in See?“ fragte Hypolit, der von den Auseinandersetzungen des Capitäns nichts verstanden hatte, Georg.

Georg sagte ihm in Kürze, was er von dem Capitän gehört. „Was dahin ist das Schiff in Trümmern?“ erwiderte Hypolit; „oder sie sind ebenfalls aus den Räumen fortgespült. Giebt es denn hier kein Boot?“

„Giebt es denn hier kein Boot?“ rief Georg, zum Lootsencapitän gewandt, der ihn mit den wässrigen hellblauen Augen verwundert anstarnte. „Ein Boot? Ja, Herr, was soll's damit? Da unten liegt eines und ist ein läufiges Boot so weit. Aber wir brächten es nicht in See, und dann würde es in der ersten Minute Kentern.“

Er wies abwärts zur Linken, wo in einer kleinen nach der See zu durch starke Pfähle geschützten Bucht das Boot, welches der Wirth für seine Gäste hielt, an seiner Kette in dem engen, sonst grabstellen Raum auf und niederraste, wie ein Raubtier in seinem Käfig.

Wieder blieben sich die beiden jungen Männer fest in die Augen.

„Sie sind ein tüchtiger Matrose, Marquis, ich weiß es,“ sagte Georg.

„Ich bin Breitagner,“ erwiderte Hypolit. „Nun denn: in Gottes Namen!“

Georg hatte sich zu der Menge gewandt: „Wer will mit mir und diesem Herrn in dem Boot unten zu dem Schiff?“ rief er.

(Fortsetzung folgt.)

Zwanzigstes Kapitel.

Alsbald umdrängten sie erregte Menschen. Von den Haushältern hatte man bereits erfahren, daß Frau Villon drinnen sei. Nun war sie unter ihnen, man konnte ihr selbst sagen, was man hoffte, was man fürchtete. Wenn das Schiff über die Palisaden gesleudert wurde und dabei nicht kenterte, so war Rettung möglich. Aus dem Außenhafen, in welchen es dann gelangte, lief seit einer halben Stunde eine mächtige Strömung in die See; auf diesem Wege waren alle Schiffe, welche sich dort befanden, gerettet worden. Wenn es nicht frei kam und der Sturm nicht nachließ, so konnte sich die „Mermaid“, die ein sehr stark gebautes Fahrzeug war, noch eine Viertel-, eine halbe Stunde halten. So lange würde es freilich währen bis

gesetz bestimmt werden, welchem auch die Bestimmung jener Ausnahmen und Beschränkungen, soweit solche nicht schon unmittelbar aus dem Gesetz buche selbst sich ergeben, vorbehalten sind.

c. Das Einführungsgesetz wird nach den vorliegenden Entwürfen noch einige andere, das geltende Reichsrecht betreffende Vorschriften, sowie außer den bereits erwähnten noch einige andere Vorbehalte zu Gunsten des Landesrechts enthalten, namentlich zum Zweck der Aufrechterhaltung solcher landesgesetzlicher Rechtsnormen, welche im engsten Zusammenhang mit dem öffentlichen Rechte stehen, oder zum Zweck der Löting von Zweifeln, welche in Absehung der fortbauernden Geltung gewisser Rechtsnormen infolge sich erheben können, als sich deren privatrechtlicher Charakter in Frage stellen lässt. Diese Vorschriften und Vorbehalte einzuführen, ist gegenwärtig und so lange die Beratung des Einführungsgesetzes nicht abgeschlossen ist, nicht angängig. Einige derselben ergeben sich übrigens schon aus verchiedenen, dem vorliegenden Entwürfe an den einschlagenden Stellen beigefügten Noten.

d. Das Einführungsgesetz wird außerdem zu bestimmen haben, inwiefern die Vorschriften des bürgerlichen Gesetzbuches auf die privatrechtlichen Verhältnisse der Landesherren und der Mitglieder der landesherzlichen Familien, sowie der fürstlichen Familie Hohenzollern keine Anwendung finden, und inwiefern die privatrechtlichen Verhältnisse der vormaligen reichsstädtischen, seit 1806 mittelbar gewordenen Familien nach besonderen, von den Vorschriften des bürgerlichen Gesetzbuches abweichen den Rechtsnormen zu beurtheilen sind.

Das Immobilienrecht, wie es im Entwurf geregelt ist, erfordert die Erlassung einer über das formelle Verfahren in den Grundbuchfachen bestimmenden Grundbuchordnung. Diese eignet sich wegen ihres überwiegend reglementaren und formellrechtlichen Charakters nicht zur Aufnahme in das bürgerliche Gesetzbuch, während es auf der anderen Seite bedenklich erscheint, sie im vollen Umfange dem Landesrecht zu überlassen, weil, wie die Beratung des Sachenrechts ergeben hat, verschiedene Vorschriften, welche als Ordnungsvorschriften der Grundbuchordnung vorzuhalten waren, mit materiell-rechtlichen Vorschriften des Entwurfs in so enger Verbindung stehen, daß sie ein im Wege der Reichs-Gesetzgebung zu sichern einheitliches Recht erfordern dürften, damit nicht die Einheitlichkeit des materiellen Sachenrechts gefährdet werde. Es versteht sich von selbst, daß das die Grundbuchordnung enthaltene Reichsgesetz sich in engen Schranken halten und durchgehends das nur Reglementare der Landesgesetzgebung oder Landesjustizverwaltung zur Erledigung überlassen kann.

Der Entwurf einer solchen Grundbuchordnung nebst Motiven ist von dem Redactor des Sachenrechts bereits ausgearbeitet und zur Vorlage gebracht.

Des Weiteren beschäftigt sich der Bericht mit den Vorschriften der Zwangsvollstreckung in das unbewegliche Vermögen, deren Zusammenstellung in Form eines Reichsgesetzes von dem Redactor des Sachenrechts bereits in Angriff genommen ist, mit dem Verfahren in den Angelegenheiten der nichtstrittigen Gerichtsbarkeit, mit verchiedenen in Folge der Einführung des bürgerlichen Gesetzbuchs unerlässlich werdenden Änderungen und Ergänzungen der Reichscivilprozeßordnung und der Reichsconcurssordnung, mit der besonderen Erfolge in die landwirtschaftlichen Grundstücke, deren rechtsgerichtliche Regelung die Commission für unstatthaft hält, mit Vorschriften über das internationale Privatrecht, welche zwar nicht in das bürgerliche Gesetzbuch aufgenommen, aber doch berathen und festgestellt sind, und schließlich mit der Frage des Erlasses von allgemeinen Vorschriften über die zeitliche Collision der Gesetze.

Johanna von Ghislainy ist Mittwoch Vormittag auf dem katholischen Kirchhof in der Lieferstraße zur ewigen Ruhe gebettet worden. In wahrhaft rühriger Weise hatte man der Entschlafenen auch im Tode noch Liebe und Verehrung zu erweisen gesucht. Der reich drapierte Sarg war inmitten dunkler Blattplatten aufgebahrt und von Licht unzähliger Kerzen beschienen. Herrliche Blumenpenden zeugten von der Liebe, welche der so früh Entschlafenen zu Theil geworden war. Prinz Wilhelm hatte eine mit Blumen und schwarz-weißer Schleife geschmückte Palme überstellt. Ernst Erbprinz zu Hohenlohe-Langenburg hatte gleichfalls seine Theilnahme durch Überlending eines kostbaren Kranzes befunden. Für die Mitglieder der königlichen Oper überbrachte Regisseur Salomon eine kostbare Blumenpende. Der Kranz, den im Namen der Mitglieder des königlichen Schauspielhauses Hofchauspieler Dehnke am Sarg niedergelegt, trug die Widmung mit schwarz-weißer Schleife für die königliche General-Intendantur erschien Graf Hochberg persönlich auch er widmete der Entschlafenen ein leutes Zeichen der Erinnerung. Unter den sonstigen Krauspenden neunt die „Mus.-Ztg.“ des Nachr. Wagner-Vereins, des geistlichen Vereins der Freunde, des Vereins Tylt Gulenpfeil und des Vereins der Österreicher. Den Kranz, den das königliche Ballet der Heimgegangenen sendete, überbrachte Fr. Bischoff. Von entzückender Pracht war der Kranz des Fr. Lolo Beeth. Unter den sonstigen Leidtragenden sah man Geheimrat Schäffer, Herrn v. Rauchwald, den jüngeren Herrn v. Hüßen, die Opernsänger Bech, Rothmühl, Oberhauser, Schmidt, Kritze, Frau Sachse-Hofmeister, Capellmeister Kahl und Radecke, Solosänger Burwig, Fr. Ulrich vom Schauspielhaus und den gesamten Opernchor. In der Kapelle hielt Probst Altmann unter Assistenz der Kapläne Werner und Haber einen Trauergottesdienst ab, alsdann wurde der Sarg zur offenen Gruft überführt, wo der Opernchor mit dem Gesang

„Nach tritt der Tod den Menschen an“, ihn empfing. Nach der Einführung beendete der Gesang „Wenn ich einmal soll scheiden“ die ernste Feier.

[In der Sache Biethen-Wilhelm] ist eine neue, noch unaufgeklärte Wendung eingetreten. Der Berliner Staatsanwaltschaft zu Alt-Moabit wurde am 9. d. von einem gewissen Friedrich Strache eine schriftliche Anzeige erstattet. Strache erklärt in dem vom „Berliner Vocalan“ im Vorlaufe veröffentlichten Anzeigeschreiben, datirt aus Falkenberg i. W., er sei am 22. November bei dem 1. französischen Fremden-Regiment eingetreten, habe dort einen jungen Menschen mit Namen Sopp kennen gelernt, der aber später erklärte, daß er Alexander Kleinsmann heißt und aus Elberfeld sei. Mit diesem Sopp sei er später vertraut geworden, einmal habe Sopp Kleinsmann im Abinthraum erzählt, er (der Kleinsmann) sei in Boppard am Rhein in ein Kloster zur Erziehung gegeben, da habe er einmal aus Rache für die Strenge Feuer angelegt. Er sei dann später als unverheirathet nach Elberfeld zurückgeschickt worden. Dasselbst habe er ein flottes Leben geführt. Gewohnt habe er größtenteils bei seinem Bruder. Er sagte weiter, schon lange hatte er auf eine schöne Barbierfrau speculirt. Der Lehrbüchlein von dem Barbier sei ein guter Freund zu ihm gewesen. Eines Abends sei dann der Lehrbüchlein zu ihm gekommen und habe gesagt: „Alexander, komm, der Alte ist nach Köln. Beide werden dann ein Attentat auf die Frau versucht.“ Die Frau hätte sich nun barbarisch gewehrt und der Lehrbüchlein hat darauf einen Hammer genommen und der Frau auf den Kopf geschlagen. Als er das gesehen, sei ihm doch bange geworden und er sei ausgerückt. Dann sei er nach Belgien gegangen und habe sich dort aufgehalten, bis er durch Agenten in der französischen Fremdenlegion sich habe anwerben lassen.“ — Der Anzeigeraufsteller nennt noch einen Zeugen dieses Gesprächs und gibt an, daß Kleinsmann in der Garnison Sidi-bel-Abbes in der Provinz Oran in Alger zu finden sei.

Frankreich.

Paris, 9. Januar. [Der Pariser Stadthaushalt.] Der am 31. December 1887 aufgestellte Stadthaushalt für 1888 schließt in Einnahmen und Ausgaben mit 304 424 890 Fr. ab. Hieron kommen 260 190 690 Fr. auf die ordentlichen Ausgaben und Einnahmen. Die außerordentlichen Einnahmen bestehen im Wesentlichen aus 40 Mill. Fr. die durch Anteile aufgebracht und zu öffentlichen Arbeiten verwendet werden; dann aus 2 650 000 Fr. Staatsbeitrag zu dem Bau zweier neuen Lucen und zur Ausbelebung des Canals der Billete. Für unverhoffte Ausgaben sind nur 420 087 Fr. angesetzt, während es dieses Jahr drei Millionen waren, welche kaum ausreichten. Dabei ist das Gleichgewicht, wie es der Voranschlag ausrechnet, sehr trügerisch. Im Jahre 1887 brachte die städtische Verbrauchssteuer 136 500 000 Fr. und blieb damit um 1 223 000 hinter dem Voranschlag zurück. Nichts desto weniger hat man dieselbe für dieses Jahr auf 137 1/2 Mill. angesetzt. Hier steht jedenfalls eine Enttäuschung bevor. Aehnlich steht es mit den Mitteln für Straßenbau und in den öffentlichen Anlagen, welche 1886 827 000 Fr. brachten voriges Jahr auf 1 498 476 Fr. angesetzt waren, welche nicht erreicht wurden und trotzdem für 1888 mit 1 726 476 im Voranschlag stehen. Die vertragsmäßige Abgabe der Gasgesellschaft an die Stadt ist auf 18 965 000 Frs. angesetzt, oder 1 245 000 mehr als 1887. Auch hier ist ein Ausfall von einer halben Million zu befürchten. Der Gemeinderath gestellt daher auch selbst ein, daß neue Steuern nothwendig sind, obwohl jetzt jeder Pariser jährlich 110 Fr. städtische Steuer zu tragen hat, gegen 40 Frs. im Jahre 1848. Aber der Gemeinderath will hieraus die Notwendigkeit der Unabhängigkeit der Pariser Stadtbörde beweisen. Er behauptet steif und fest, alsdann würde sich der Stadthaushalt im Handumdrehen gar glänzend gestalten. Gleichzeitig wäre es freilich, durch gute Verwaltung des Stadthaushaltes dass die Unabhängigkeit zu erkämpfen. Dem in dieser Richtung besteht der Gemeinderath schon längst große Unabhängigkeit: Er hat bedeutende Steuererhöhungen und selbst neue Steuern (z. B. Kehrsteuer) einführen, andererseits auch die Ausgaben entsprechen steigern können. Die Regierung hat ihm hierin große Freiheit gelassen. Zu den durch ihn geschaffenen neuen Ausgaben gehören die 900 000 Frs., welche der Gemeinderath selbst der Stadt kostet. Sein (80) Mitglieder erhalten 450 000 Frs. „Erstattungen“, da sie gesetzlich weder Gehalt noch Entschädigungen sich bewilligen dürfen. Die Wortklauber des Gemeinderath versteht sich jedenfalls darauf, dem Kind den unschuldigen, unvergänglichen Namen zu geben. Für Aufwand, Reisen u. s. w. sind 37 870 Frs. angesetzt für die städtische Druckerei 90 000 Frs., das amtliche Stadtblatt „Bulletin municipal officiel“ 110 000 Frs. Für die Polizeipräfektur mit ihren Laufenden von Beamten muß die Stadt 27 471 840 Frs. beitragen, trotzdem der Gemeinderath dieselben jedes Jahr verweigert. Die städtische Feuerwehr kostet 2 227 000, die städtische Unterfuch-Anstalt 285 600 Frs. Für die Stadtgarde (garde républicaine) oder Gendarmerie sollte die Stadt die Hälfte der Kosten, 2 890 880 Francs, beitragen. Der Gemeinderath verweigerte sie, weil die Stadt 1887 nur 1 720 700 Francs bezahlt habe und dieselbe für den Kriegsminister, unter dem die Truppe steht, belasten Mehrausgaben nicht aufzukommen habe. Durch Decret des Präsidenten der Republik wird aber die Stadt gezwungen werden, die geforderte Summe zu leisten. Das Schulwesen veranlaßt 23 764 668 Frs. Ausgaben gegen 10 1/2 Millionen im Jahre 1876. Doch sind, wie der Berichterstatter Lamy zugestellt, nicht durchweg entsprechende Fortschritte zu verzeichnen. Die städtischen Anstalten zählen 148 800 Schüler, wovon 117 000 in den Volksschulen. Die Pfarr- oder congregantischen Schulen zählen 71 750 Kinder. Man schätzt daß 8000 Kinder keine Schule besuchen. Doch dürfen

die meisten deshalb nicht ohne Unterricht auswachsen. Die höheren freien Schulen zählen über 16 000 Zöglinge. Für den Unterricht der Knaben in Handfertigkeiten ist Vieles geschehen. 1883 wurde auch in den Mädchenschulen theoretischer Unterricht in den Hausarbeiten eingeführt. In elf gebrochenen Mädchenschulen ist auch der praktische Unterricht im Kochen, Reinigen und Waschen eingeführt. Die hauptsächlichsten sonstigen Ausgaben sind: Gehalt der Beamten (über 1500) der Seinepréfectur 4 267 950; Bauwerke und Kunstsäfte 4 158 700; Strafen 20 161 853; Anlagen, Parke und Pflanzungen 11 257 000; Wasserleitung, Siedlung und Abfuhr 7 980 000; Armenpflege 22 845 080 Frs. Letztere sind seit 1876 um 8 1/4 Millionen gestiegen.

Provinzial-Bericht.

Breslau, 12. Januar.

* Von der Universität. Beihufs Erlangung der Doctormürde in der philosophischen Facultät wird am Sonnabend, 14. Januar er., 12 Uhr Mittags, Herr Andreas S. F. Peter aus Kopenhagen seine Inaugural-Dissertation: „Beiträge zur Kenntnis der flüchtigen Bestandtheile der Wurzel und des Wurzelstocks von Asaram Europaeum L.“ öffentlich vertheidigen. Als officielle Opponenten fungiren die Herren Cand. phil. Paul Kumm und Cand. phil. Julius Brann.

* Museum schlesischer Alterthümer. Am 16. December v. J. veröffentlichten wir einen uns vereinsleitig zugegangenen Bericht über die am 12. desselben Monats stattgehabte Generalversammlung des Vereins für das Museum schlesischer Alterthümer, in welchem es u. A. hieß: „Die Versammlung erklärte sich mit den Berichten und dem neuen Statut einverstanden und es wäre ohne Weiteres zur Neuwahl des Vorstandes geschritten worden, wenn nicht Premierleutnant a. D. Goldschmidt Gelegenheit genommen hätte, im Anschluß an den Verwaltungsbericht die nicht erfolgte Wiederbefreiung des Gustodiates, die „Beworzung“ der Prähisto. und die „unwissenschaftliche“ Behandlung der Sammlungen zu bemängeln. Mit Bezug darauf darf uns von Herrn Premierleutnant a. D. Goldschmidt eine längere Zuschrift zu, in welcher er sich über die Fassung dieser Stelle beklagt, da sie geeignet sei, den Anschein zu erwecken, als hätte er in der qu. Versammlung mit unwesentlichen und längst widerlegten Ausschreibungen die Zeit vergeudet, während er schwere Anklagen erhoben und Schäden aufgedrückt habe, die die Criftenz und den guten Ruf des Museums bedrohen“. Herr Premierleutnant Goldschmidt erfuhr uns, im Interesse der guten Sache, um die es sich dabei handele, den wesentlichen Inhalt seiner in jener Versammlung gegen die Leitung des Vereins erhobenen Beschuldigungen wiederzugeben. Da das Museum schlesischer Alterthümer den Charakter eines öffentlichen Instituts besitzt, indem es von Behörden mit reichlichen Geldmitteln unterstützt wird und das Interesse der Bevölkerung Breslaus und der Provinz vielfach angerufen hat, so haben die Ausführungen des Herrn Goldschmidt nach unserer Meinung allerding ein öffentliches Interesse, so daß wir uns für verpflichtet erachteten, von der Crift des Herrn Goldschmidt das Wichtigste mitzuteilen. Sie in extenso wiederzugeben, verbietet uns der große Umfang derselben. Selbstverständlich müssen wir die Verantwortlichkeit für seine Ausführungen Herrn Premierleutnant Goldschmidt überlassen. Bemerk sei nur, daß Herr Goldschmidt erklärt, die „volle gesetzliche Verantwortung“ für den Inhalt seiner Beschuldigungen zu übernehmen“. Die von Herrn Goldschmidt in der Generalversammlung vorgebrachten Beschwerden lassen sich wie folgt zusammenfassen: Nach dem Tode des verewigten Directors Dr. Luchs sei das Amt eines Gustos nicht wieder besetzt worden. Hierdurch seien in flagranter Weise die Vorschriften der Statuten verletzt worden. Auf Grund dieser Statuten seien dem Verein Corporationsrechte verliehen worden: es seien dem Museum von Behörden, Kirchen, Communen und Privaten viele unerhebliche Kostenbelastungen aufgezwungen worden im Bertrauen auf diejenigen Vorschriften der Statuten, welche die Thätigkeit eines ordnenden, den alten Kunstwerke idyllisierenden und erhaltenen Gustos voraussehen. Aus dem Fehlen des Gustos hätten sich eine Menge von Nebelstellen ergeben, als deren hauptsächliche Herr Goldschmidt bezeichnet: die stiftmütterliche Behandlung der Alttheilungen des Mittelalters und der Renaissance, die „theils einseitige, theils ganz unterbliebene Rückgewinnung der Sammlung“, die mangelhafte Anordnung, Eintheilung und Sichtung der Sammlung, die mangelhafte Completierung derselben. In letzterer Beziehung führt Herr Goldschmidt aus, daß von den 16 000 M. des Gustos nur ca. 1700 M. für den Zweck der Vervollständigung der Sammlung übrig geblieben seien, obwohl das Museum freies Quartier genieße und der Verein mit freiwilligen Kräften arbeite. Von der geringen Summe von 1700 M. seien ca. 1000 M. für den Ankauf grober Fälschungen verausgabt worden. In dem Verwaltungsbericht und dem Rechnungsausschluß sei diese Thatsache nicht erwähnt worden. Ferner bezeichnet es Herr Premierleutnant Goldschmidt als beklagenswerth, daß die längst auch vom Vorstande als unrecht erkannten Objekte nicht entfernt worden wären, sondern ihren Platz gerade unter den besten und edelsten Stücken der Sammlung behalten hätten. Endlich berührt Herr Goldschmidt die Frage, wie es möglich gewesen, daß im vergangenen Jahre Ausgaben von der Kasse überhaupt bewilligt werden können, da § 10, 4 der Statuten ausdrücklich bestimme, daß vom Schatzmeister Ausgaben nur auf Anweisung des Vorstandes und des Gustos gemacht werden dürfen. Auf alle diese Ausführungen sei ihm in der Generalversammlung keine Antwort ertheilt worden. Im Bericht habe es geheißen: „Der Vorstand verzichtet auf eine Zurückweisung der Angriffe.“ In seinen weiteren Aus-

Kleine Chronik.

s. Ein Wagnertheater für Paris. Aus Paris, 10. Januar, wird uns geschrieben: Sofort nach den schändlichen Strafseancen, welche eine Fortsetzung der Lohengrin-Vorstellungen im Eden-Theater unmöglich machen hatte sich in Paris eine Schau berühmter Muffettkunst und Publizisten, wie Henri Bauer, Victor Wilder, Catulle Mendès u. a. m. zusammengethan, um für die Gründung eines „Théâtre de la musique“ im Gegensatz zur Oper Propaganda zu machen. Dem bewährten Kampf für die Sachen Wagner's in Frankreich, Herrn Lamourer, wurde die künstlerische Leitung dieses Unternehmens angeboten; die der selbe mit großer Freude acceptierte. Diese Vereinigung von Wagner-Kunstfreunden wendet sich nunmehr an die Öffentlichkeit und appelliert an alle musizierenden Kreise Frankreichs, zur Realisierung dieses Unternehmens beizutragen. „Die Oper in ihren alten Formen“, heißt es in ihrem Circular, das die wagnerfreundliche Pariser Journals veröffentlicht, „genügt nicht mehr dem modernen Geiste. Eine neue Kunstrichtung ist geschaffen worden, in der Poesie und Musik sich vernünftig zu einem gewaltigen Ganzen, und die weit über der alten Oper steht. Unvergleichlich geniale Werke sind bereits in ihr geschrieben worden und die begabtesten neuen Componisten finden in ihr das Ideal, in dem sie ihren Gedanken Ausdruck geben möchten. Für diese Kunst wollen wir ein Theater gründen, ein „Theater der Musik“ und hoffen, eine unferne Vorhaben nachhaltige Unterstützung von allen Musikfreunden zu erhalten.“

Der Untergang einer Yacht mit einem Hochzeitspaar — einem eifrigen Sportsmann Namens Gerdénich aus Budapest und seiner jungen Gattin — wird in den Kreisen der deutschen Segler gegenwärtig eifrig besprochen. Die Hamburger Yacht „Albatros“ wurde gestern v. J. durch den vorgenannten Sportsmann fäulisch erworben. G. welcher bereits mit einem kleinen Ruderboot eine Fahrt von Hamburg nach Pest durch die Binnengewässer gemacht hatte, fährt den Entschluß, seine Yacht der ungarischen Hauptstadt auf dem Seevege zuzuführen. Die Yacht sollte durch den Nordsee, den Kanal, den Golf von Biskaya, Gibraltar, das Mittelägyptische Meer, den Bosporus, das Schwarze Meer und die Donau aufwärts gehen. Im Juni kam dieser Entschluß zur Ausführung. Die Yacht wurde seefähig gemacht, gut proviantiert — an Bord befand sich außer dem Besitzer nur noch dessen Gattin, mit der sich erst kurz vorher verheirathet hatte — und die Fahrt ging anfangs Juni von Hamburg abwärts. Über das Schiff der Yacht mit ihren Passagieren hat der „Wasserport“ Erkundigungen eingezogen und erfahren, daß das junge Paar nach einem achtjährigen Aufenthalt in Kopenhagen mit dem Fahrzeug in die Nordsee gestochen ist. Von hier nun fehlt jede Nachricht über die beiden Passagiere. Verschiedene Aufforderungen wegen Kenntnis des Aufenthaltsortes des Herrn Gerdénich, welche noch in neuerer Zeit ergangen sind, waren ohne Erfolg. Obgleich die Yacht seefähig war und Herr Gerdénich als Navigationsschüler ausreichend theoretische Kenntnisse für eine Seereise besaß auch Instrumente und Seekarten an Bord mitgenommen hatte, so ist doch wahrscheinlich, daß die abentümliche Fahrt mit einer Katastrophe geendet hat. Aus nachfolgenden Angaben geht die Größe des „Albatros“ genau hervor: Der Boot ist ein solid gebautes Kielboot von 8,60 Meter Länge, 2,99 Meter Breite, 1,45 Meter Raumtiefe, 1,60 Meter Tiefgang, 14 Kubikmeter Größe

besaß. Kleine Kuttertalelage mit Stange und Bugspriet zum Einrennen, am Kiel ca. 30 Cr. Blei und ebenso viel Eisenballast innenbords; das kleine Cockpit hatte eine Vorrichtung, um es wasserdicht einzudecken. Aus diesen Verhältnissen ist zu ersehen, daß der „Albatros“ ein vorzüglich gebautes Fahrzeug war, dessen Seetüchtigkeit nicht zu bezweifeln ist. Aber selbst wenn die Bedienung eine ausreichende gewesen wäre (2 bis 3 Mann), so war die Küstenfahrt eine immerhin sehr gefährliche, wie zahlreiche Untergänge selbst größerer Schiffs Fahrzeuge an den beschriebenen Küstenstrecken beweisen.

Neben die Lebensweise des Barons erhält die „Correspondance de l'Est“ nachstehende Schilderungen: Alexander III. lebt in einem engen Kreise von Intimen, die keineswegs hervorragende Politiker sind. Seine Umgebung sieht sich insbesondere aus den ersten Höchstgeholten (Herren und Frauen) zusammen, die fortwährend gegen einander intrigieren; zu diesem Kreise gehört auch der General Tscherevin, welchem die Aufgabe zufällt, über die Sicherheit des Bars zu wachen. Nur in diesem Kreise fühlt der Baron sich wohl, jeder Fremde langweilt ihn. Der Baron nimmt mit Vorliebe körperliche Übungen vor, schneidet Holz, fehrt die Laubgäste des Schlossgartens zu Gatschina und jagt im Parke. Man hat bemerkt, daß sein Appetit immer größer und größer werde. Vor und nach dem Frühstück, welches um 12 Uhr serviert wird, arbeitet der Kaiser je eine Stunde mit seinen Ministern. Die Attentatsgerüchte, so versichert man, werden oft von seiner Umgebung selbst erbichtet. Es werden die weitgehenden Vorichtsmäßigkeiten, die dem Baron vorgelegten Speisen beobachtet; alle Vorräthe, welche für seine Küche bestimmt sind, werden streng unter Schloss und Riegel gehalten, und die Schlüssel befinden sich in den Händen des maître d'hôtel, eines Franzosen, Ramens Béranger, der den Baron auch allein bei Tisch bedient. Die Käferin ist immer güttig und liebenswürdig und trachtet, wenn Gäste da sind, dieselben den Unmut des Barons nicht zu föhlen. Wie in vergangener Zeit ist die Kaiserin auch jetzt noch von der Leidenschaft des Tanzens und für Toiletten vollkommen beherrscht. Die Großfürstin Maria Pawlowna, Gemahlin des Großfürsten Wladimir, ist eine Frau von hervorragenden Eigenheiten und verhältnißmäßig ist sie beim Baron sehr schlecht anzuschreiben, und zwar wegen ihrer Abkunft und ihrer Sympathien für die Deutschen und insbesondere für die Berliner. So hat sie der Baron dieser Tage selbst der Liste der zu einer Jagd geladenen Gäste gestrichen. Die Großfürstin ist eine vorzügliche Jägerin, jedem Sport zugewandt und eine Freundin von Hazardspielen. Man glaubt, daß diese Frau noch nicht ihr letztes Wort gesprochen habe. Es ist noch immer die Gräfin Beauharnais, die Schwester des berühmten Stobolew, welche für die Stimmung bei Hofe tonangebend ist. Man fürchtet den Bar bei Hofe; man fürchtet ihn in der Stadt; mehr aber noch fürchtet man die möglichen traurigen Folgen, die aus seinem Gebaren ihm und dem Staate erwachsen können.

Von Henri Herz erzählt man sich folgende Anekdote: Er concertierte einst in einer südamerikanischen Stadt. Schon vor seiner Ankunft verkündeten mächtige Anschlagzettel in schreienden Farben: „Henri Herz weilt in unseren Mauern!“ Am Tag nach seiner Landung gab er sein erstes Concert. Der Saal war überfüllt. Herz erschien im Frack und weißer Bluse und verneigt sich vor dem Publikum. Rings tiefes Schweigen und sichtlich erstaunte Gesichter. Er spielt flott und brillant; man applaudiert

Im Grundbuche dienen können, hat der Justizminister gegenwärtig im Einverständnis mit dem Finanzminister eine Verfügung an den Präsidenten des Oberlandesgerichts in Kiel erlassen, nach welcher die gesetzliche Befreiung vom Atteststempel aus § 2 Nr. 6 des Gesetzes vom 26. März 1873 in Verbindung mit § 33 der Grundbuchordnung nur dann zugestanden werden kann, wenn die Voraussetzungen des § 33 a. o. ausschließlich vorliegen Immobilien-Kaufverträge, welche fast regelmässig zugleich Anträge auf Eintragungen oder Löschungen enthalten, umfassen mehr, als eben diese Anträge, und es beschränken sich deshalb die Unterschriften der Interessenten selbstverständlich nicht auf die letzteren. Durch die gerichtliche oder notarielle Beglaubigung der Unterschriften erhalten die Kaufverträge selbst eine amtliche Sanction, und es ändert darin der Umstand nichts, dass der Notar in seinem Beglaubigungsvermerk ausgedrückt haben mag, die Unterschriften seien zum Zwecke von Eintragungen in das Grundbuch beglaubigt worden. Auf den Zweck, welcher durch die Beglaubigung erreicht werden soll, kommt es nicht an; allein entscheidend ist, ob mit der Beglaubigung ein Mehreres erreicht werden kann und erreicht wird. Dementsprechend ist von den genannten beiden Ministerien auch angenommen worden, dass bei Generalvollmachten die Unterschriftenbeglaubigungen vom Atteststempel nicht befreit seien.

Zum Geschäftsverkehr mit Polen. Die „H. B.-H.“ empfiehlt, bei Geschäftsverbindungen nach Polen die möglichste Vorsicht walten zu lassen, von Verbindungen, die nicht jede Garantie für Solidität und Reellität bieten, abzustehen, Informationen nicht bei russisch-polnischen Auskunftsbüroaus, sondern nur bei befriedeten oder gut empfohlenen Firmen einzuziehen. Wer von dieser Regel absieht, hat das gewöhnlich später zu bereuen, wie der nachfolgende Fall beweist. Eine bekannte Hamburger Firma sandte auf ergangene Bestellung Waaren nach Warschau im Betrage von 2000 Rubel, nachdem sie von einem dortigen Informations-Bureau Erkundigungen über das betreffende Haus eingezogen hatte und solches für „gut“ erklärt worden war. Nach vier Monaten erfolgte indess von dort keine Zahlung und als auf weiteres Zuwarthen und wiederholtes Mahnen keine Antwort einlief, wurde von Seite des Hamburger Hauses durch Vermittlung des Warschauer Auskunftsbüroaus ein Advokat dorthin mit der Klage betraut und der Process bei dem dortigen Handelsgericht anhängig gemacht. Die verklagte Firma nahm gleichfalls einen Advokaten an. Die beiden Anwälte hatten nun gemeinsam gegen einander den Process auszufechten. Da derselbe sich jedoch sehr in die Länge zog, so bot die Hamburger Firma dem Advokaten der beklagten Partei 300 M. für den Fall, dass der Process baldigst gerichtlich entschieden würde und das Warschauer Haus sich zur Zahlung der Prozesskosten herbeilasse. Letzteres erfuhr jedoch von diesem Anerbieten und versprach nun seinerseits dem Advokaten der Hamburger Firma 400 M., falls dieser den Process weiter führe, d. h. durch Nichtbeschleunigung des Prozesses zu seinen Gunsten auf die Sache einwirken würde. Wieder verging eine geraume Zeit und fand es schliesslich doch das Hamburger Haus am gerathensten, sich lieber auf einen mageren Vergleich einzulassen. — In einem ähnlichen Falle hat das russische Geschäftshaus den Schuldbetrag bei einem dortigen Advokaten hinterlegt, allein dieser unterschlug denselben und gab auf mehrmalige Zahlungsaufforderung keine Antwort.

Englischer Zuckerhandel. Ueber das englische Zuckergeschäft im Jahre 1887 schreibt man: Zucker verfolgte im abgelaufenen Jahre andauernd steigende Tendenz. Rübenzucker notierte zu Jahreschluss um 5 Sh., Javazucker um 4 Sh. 6 D. höher als zu Beginn des Jahres. Doch die höchsten jetzigen Course überschreiten die tiefsten Notirungen gegen das Jahr 1884 nur um 2 Sh. Charakteristisch ist der geringe Preisunterschied im abgelaufenen Jahre zwischen Rüben- und Rohrzucker. Die Differenz ist auf 2 Sh. gegen 4 Sh. früherer Perioden gesunken. Diese Verringung der Preisdifferenz ist auf den gesteigerten kaufmännischen Werth des Rohrzuckers seit dessen Einziehung in die Speculation zurückzuführen. Bis in die letzten Monate des Jahres war die Speculation vornehmlich für deutschen Rübenzucker interessant. Ein Magdeburger Consortium kaufte nämlich alle englischen Abgaben deutschen Zuckers auf, sodass der Preis von 12 Sh. 7½ D. auf 19 Sh. stieg. Allein der endgültige Nutzen des Consortiums stand in keinem Verhältnisse zu dem Kraftaufwande. Eine lebhafte Bewegung verzeichnete auch französischer Krystallzucker, welcher um 5 sh. stieg. Die allgemeine Gesundheit des Zuckermarktes ist vornehmlich dem gesteigerten Bedarfe zuzuschreiben, mit welchem die Production nicht gleichen Schritt hält. Während z. B. der Zuckerbedarf Europas und Amerikas im Jahre 1883 an 3316000 Tonnen betrug, bezifferte sich derselbe im Jahre 1887 auf 3710000 Tonnen, also um 400000 Tonnen mehr. Dagegen wird angenommen, dass das Erzeugungsquantum der Campagne 1887/88 um 350000 Tonnen gesunken ist. Diese Voraussicht verleiht dem Markte eine ausserordentliche Festigkeit. Der Import nach den vereinigten Königreichen war ein befriedigender. Deutscher Zucker nimmt mit 72195 Tonnen den ersten Platz ein. Bemerkenswerth ist die geringe Zuckerproduktion

und Exportfähigkeit der Vereinigten Staaten. Der Totalimport raffinierten Zuckers nach England ist im abgelaufenen Jahre um circa 23000 Tonnen gestiegen, der Export raffinierten Sorten dagegen im Laufe der letzten Jahre um die Hälfte gesunken. Die Amerikaner forderten die Preisbewertung durch ein am 13. October abgeschlossenes Cartell, durch welches sie vollauf ihre Rechnung fanden.

Papierscheiben-Räder. Seit längerer Zeit sind auf amerikanischen Eisenbahnen Wagenräder mit Scheiben aus Papierstoff im Gebrauch. Vermöge der der Papiermasse innenwohnenden grösseren Elasticität und geringerer Dehnbarkeit bei Wärmeänderungen gegenüber dem Metall wurde von der Verwendung der Papierscheibenräder im Eisenbahnbetrieb eine Erhöhung der Betriebs sicherheit, insbesondere eine geringere Abnutzung der Radreifen und ein ruhiger, geräuschloser Lauf der Fahrzeuge erhofft. Diese Annahme veranlasste seit dem Jahre 1881 einige Eisenbahnverwaltungen Deutschlands, Versuche mit Papierscheibenräder anzustellen, und zwar wurden solche Räder mit wenigen Ausnahmen nur unter Personen- und Schlafwagen meist in schnellfahrenden Zügen verwendet, wobei zum Theil Bremsen auf dieselben wirkten. Anfänglich schienen die in Amerika erzielten günstigen Wahrnehmungen sich zu bestätigen, insbesondere wurden weder Reifenbrüche noch andere Unfälle bekannt, deren Ursachen auf die Verwendung von Papierscheibenräder hätten zurückgeführt werden können. Im Monat December 1886 jedoch erhielt das Reichs-Eisenbahnamt Kenntniß von einer anscheinend durch derartige Räder verursachten Entgleisung eines Personenwagens, bei welcher es sich zeigte, dass die Papierscheiben sämtlicher vier Räder völlig ausgebrochen, und sowohl die sonst unbeschädigt gebliebenen Reifen als auch die Achsen mit den an ihnen fest sitzenden metallenen Nabens unter dem Wagen fortgeschleudert waren. Da nach dem Aussehen des Bruches der Papierscheiben auf eine im Gefüge des Materials eingetretene Veränderung geschlossen werden musste, so wurden die auf den Eisenbahnen Deutschlands verwendeten Papierscheibenräder einer eingehenden Untersuchung unterworfen, wobei mehrfache Beschädigungen im Material entdeckt wurden. Die Beschädigungen fanden sich vorwiegend an Rädern, welche der Einwirkung einer Bremsen ausgesetzt waren. Wegen der nach diesen Wahrnehmungen für den Eisenbahnbetrieb möglichen Gefahren werden die vorhandenen Papierscheibenräder, wie uns mitgetheilt wird, fortan weder unter Bremsen noch in schnellfahrenden Zügen verwendet werden, auch wird die Beschaffung derartiger neuer Räder so lange unterbleiben, bis erhebliche Verbesserungen in der Herstellungsweise jeden Zweifel an der Haltbarkeit ausschliessen.

Ausweise.

Oesterr.-Ungar. Staatsbahn. Ausweis der österreich-ungarischen Staatsbahn. Einnahme 543963 Fl., Minus 45898 Fl.

Marktberichte.

Wolle. Melbourne, 5. Jan. Die Zufuhren nehmen ab und Schüren von einiger Bedeutung werden nach und nach selten. Preise fest. In Sydney ist die Auswahl im Allgemeinen mässig, Preise unverändert. Empfehlenswerth sind Neu-England-Wollen, die eine gute Auswahl bieten.

(Frkf. Ztg.)
—ck — Berliner Bergwerksproduzentenbericht vom 4. bis 11. Januar. Die Umsätze im hiesigen Metallmarkte haben im heutigen Berichtabschnitt etwas von ihrer bisherigen Regsamkeit vermissen lassen, waren aber immerhin noch von befriedigender Ausdehnung. Kupfer hielt sich fest auf seinem letztwöchentlichen Preisstand: Ia. Mansfeld A-Raffinade 165—175 M., englische Marken 155—170 M.; Bruchkupfer 110—115 M. Zinn tendenzierte in englischen Marken etwas schwächer: Banca 332—337 M., Ia. englisch Lammzinn 313—320 M., Bruchzinn 270 bis 275 Mark. Rohzink setzte seine steigende Preisrichtung im Anschluss an günstige schlesische Berichte weiter fort: W. H. G. v. Giesche's Erben 44—45 Mark, geringere schlesische Marken 43—43,50 Mark; neue Zinkblechabfälle 30—31 M., altes Bruchzink 27—29 M. Weichblei zeigte gleichfalls festere Tendenz: Clausthaler raffiniertes Harzblei 31,50—35 M., Saxonia und Tarnowitz 33,50—34,50 M., spanisches Blei „Rein u. Co.“ 38—39 Mark. — Antimonium regulus notierte unverändert: englische Ia-Qualitäten 97—104 M. — Walzeisen verharrete in fester Haltung: gute oberschlesische Marken Grundpreis 14,50 M., Bruchreisen 4,75—5 Mark. — Roheisen hielt sich gut im Werthe: bestes deutsches 6,90—7,25 M., schottisches 7,20—7,40 M., englischen 6,40—6,80 M. — Preise pro 100 Kilo Netto Kasse frei Berlin für Posten, en détail entsprechend theurer. — Kohlen und Coaks fanden regelmässigen Absatz: Nuss- u. Schmiedekohlen 46—52 M. pro 40 Hectoliter, Schmelzcoaks 2—2,20 M. pro 100 Kilo frei Berlin.

—ck — Berliner Bericht über Kartoffelfabrikate und Weizenstärke vom 4. bis 11. Januar. Kartoffelfabrikate hatten in letzter Woche ruhigeren Handel. Dabei waren die Offeren aus erster und zweiter Hand reicher, ohne dass jedoch dadurch ein Preisdruck veranlasst worden wäre, da die Abgeber, vornehmlich Producenten in Schlesien und der Provinz Sachsen, fest auf leichte Preise hielten. Nur für feuchte Kar-

toffelfäste machte sich eine leichte Abschwächung der Tendenz bemerkbar, doch trat das Angebot keineswegs dringend oder umfangreich auf. Wir notieren: Kartoffelstärke, feuchte reingewaschene in Käufers Säcken mit 2½ pCt. Tara 10,40 M., Ia centrifugiert und auf Horden getrocknet 18 M., do. ohne Centrifuge 17—17,40 M., Ia 15,50—16,50 M. Kartoffelmehl, hochfein 18,50—19 M., Ia 18 M., Ia 15,50—17 M. Kartoffelsyrup, Ia weiss 23 M., do. zum Export eingedickt 24 M., Ia gelb 20—21 M. Kartoffelzucker, Ia weiss 23,50 M., Ia gelb 20,50—22 M. — Weizen- und Reisstärke hatten ebenfalls regelmässigen Absatz. Wir notieren: Weizenstärke Ia grossstückige Halleche, Pasewalker etc. 40 bis 43 M., do. kleinstückige 32—35 M., Schabestärke 29 bis 31,00 M., Reisstückstärke 42—43 M., Reisstrahlstärke 43—44 M. Preise per 100 Kilo frei Berlin für Posten nicht unter 1000 Kilo.

Hamburg. 11. Januar. [Börsenbericht von Ferdinand Seligmann.] Spiritus: per Januar-Februar 22¾ Br., 22½ Gd., per Febr.-März 22¾ Br., 22½ Gd., per März-April 22¾ Br., 22½ Gd., per April-Mai 23 Br., 22¾ Gd., per Mai-Juni 23½ Br., 23 Gd., per Juni-Jul. 24 Br., 23¾ Gd., per Juli-August 24½ Br., 24½ Gd., per Januar 22¾ Br., 22½ Gd. — Tendenz: Still.

Posen. 11. Januar. [Börsenbericht von Lewin Berwin Söhne, Getreide- und Producten-Bericht.] Wetter: Schön.

Das Angebot sämtlicher Cerealien war am heutigen Wochenmarkt stark. Preise blieben ohne wesentliche Aenderung gegen letzte Werthe. Laut Ermittelung der Markt-Commission wurden per 100 Kilogramm folgende Preise notirt: Weizen 15,80—15,40—14,50 M., Roggen 10,60 bis 10,30—10,00 M., Gerste 10,40—9,40 M., Hafer 10,40—9,70—9,20 M., Kartoffeln 3,40—3,00 M. — An der Börse: Spiritus geschäftlos. Gek. — Liter. Januar (50er) 46,40, (70er) 29,30. Februar (50er) 46,90, (70er) 29,80. April-Mai (50er) 49,30, (70er) 31,50. Loco ohne Fass (50er) 46,40, (70er) 29,30.

München. 10. Januar. [Wochenbericht über Margarin und Margarine von Gras & Adler, vertreten durch Paul Proskauer, Breslau.] Die in unserem letzten Bericht signalisierte festere Tendenz auf dem Margarinmarkt übertrug sich in ausgeprägter Weise auf die vergangene Woche: es fanden lebhafte Umsätze mit nicht unerheblicher Preiserhöhung statt. Dagegen verblieb Naturbutter und Margarine in sehr ruhiger Stimmung, bei schwacher unregelmässiger Preislage. Heutige Notirungen sind je nach Qualitäten, für Margarin 85,00 bis 125,00 M., Margarine 84,00 bis 140,00 M. per 100 Kgr. Netto.

Familiennachrichten.

Verlobt: Fr. Elisabeth Dohr, Herr Predigtants-Candidat Paul Kalmus, Neu-Kuppin-Trepow a. d. Riga.

Verlobt: Herr Lieut. Woss v. Bredow, Fr. Marie v. d. Marwitz, Schloss Waltersdorf.

Gestorben: Herr Geh. Justiz- und Ob.-Land-Ger.-Rath Dr. Rudolf v. Kräwel, Naumburg a. Saale.

Herr Landschaftsrath, Hypm. a. D. Achaz v. Weddel, Fürstensee. Fr. Marie Spilleke, Berlin. Fr. Johanna v. Hake, geb. von Vietinghoff, gen. Schul, Berlin. Frau Dr. Helene Rhode, geb. Pauli, Berlin.

Bandmann, prakt. Zah-Arzt, Ohlauerstr. 1, 1. Etage, „zur Horneeke“.

Einrahmungen von Kupferstichen, Photographen, Portraits etc. werden in eigener Rahmenfabrik am fertigt. Bruno Richter, Kunsthändlung, Breslau, Schlossklee.

Angekommene Fremde:

Heinemanns Hotel	Delius, Kfm., Bielefeld.	Dr. Kreisphysikus Staffhorst
zur goldenen Gans.	Krank, Kfm., Berlin.	n. L. Dels.
Bölfmann, Hotelbel., Gösgau.	Drouven, Kfm., Aachen.	v. Chrcanowski, Posen.
Stolley, Kfm., Dresden.	Nichter, Dir., Saarau.	Hôtel z. deutschen Hause
Prager, Kfm., Kreuzburg.	Fränkel, Kfm., Dresden.	Albrechtstr. Nr. 22.
Eisenberg, Kfm., Berlin.	Kleinert, Kfm., Berlin.	Glaß, Apotheker, n. Gem.
Ufer, Kfm., Chemnitz.	Schwill, Kfm., Crefeld.	Dr. Baier, Kreisschulinspector
Tarzsch, Kfm., Elberfeld.	Segalla, Kfm., Buxtehude.	Brieg.
Angrel, Kfm., Berlin.	Rösner, Kfm., Wüstevaltersdorf.	Kenner, Kfm., Düsseldorf.
v. Streit, Kfm., Berlin.	Cohn, Kfm., Berlin.	Schwarzara, Kfm., Baußen.
Mange, Kfm., Berlin.	Winter, Kfm., Elberfeld.	Richter, Kfm., Baußen.
Menzel, Kfm., Köln a. R.	Hôtel du Nord	Popper, Kfm., Wiesbaden.
Neifel, Kfm., Berlin.	vis-à-vis dem Centralbahnh.	Frau Kfm. Noltenhauer,
Wohl, Kfm., Görlitz.	Dotter, Kfm., Berlin.	Warmbrunn.
Menzel, Kfm., Görlitz.	Schlaglein, Kfm., Berlin.	Brätsch, Offizier, n. Gem.
Behrens, Kfm., Magdeburg.	Hanssatz, Kfm., Berlin.	Reiss, Kfm., Luckenwalde.
Reichert, Kfm., Chemnitz.	Dr. Horwitz, Rechtsanwalt	Werner, Control.
Hôtel weißer Adler,	Öhlauerstr. 10/11.	Bernhardt, Maurermeister.
Bernhardt, Maurermeister.	Bernhardt, Maurermeister.	Heinzemann, Brennerei.
v. Kessel, Mönchstädt, Ober-	Münzpf. 10/11.	Wünschelburg.
Glaucha, Kfm. n. Br., Görlitz.	Kartoffeln (Detailpreise) pro 2 Liter 0,08—0,09—0,10 M.	Hartmann, Kfm., Berlin.

Breslau, 12. Januar. Preise der Cerealien.

Festsetzungen der städtischen Markt-Deputation.

gute	mittlere	gering. Waare.
höchst.	niedr.	höchst.
Br. & R.	Br. & R.	Br. & R.
Weizen, weißer	16,20	16
Weizen, gelber	16	15
Roggen	11,40	11
Gerste	13,50	12
Hafer	10,60	10
Erbsen	15	14
	feine	mittlere
	Br. & R.	Br. & R.
Raps	20	20
Winterrüben	20	30
Sommerrüben	21	30
Dotter	18	17
Schlaglein	19	16
Hanssatz	16	15
	50	50
Kartoffeln (Detailpreise)	pro 2 Liter 0,08—0,09—0,10 M.	

Breslau, 12. Jan. [Amtl. Producten-Börsen-Bericht.] Kleesaat rothe unverändert, ordinaire 25—27, mittel 28—34, fein 35—38, hochf. 39—42. Kleesaat weisse ruhig, ordinaire 20—25, mittel 26—34, fein 35—40, hochf. 41—45.

Roggen (per 1000 Kilogramm) fester, gekündigt — Centner, abgelancene Kündigungsscheine — Januar 115,00 Gd., Januar-Februar 115,00 Gd., April-Mai 120,00 bez. u. Gd. 120,50 Br., Mai-Juni